

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.1

Gegenstand: Verpflichtung von Mitgliedern

Frau Bürgermeisterin Kabs informiert 2 neue Mitglieder über ihre Rechte und Pflichten und verpflichtet sie per Handschlag.

Frau Flügge, beratendes stellv. Mitglied und

Frau Koch, stimmberechtigtes Mitglied.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.2

Gegenstand: Wahl der / des Vorsitzenden

Der stellv. Vorsitzende des JHA übernimmt die Sitzungsleitung.
Er schlägt Frau Bürgermeisterin Monika Kabs als Vorsitzende des JHA vor.
Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Auf Befragen wünschen die Mitglieder keine geheime Wahl.

Der Jugendhilfeausschuss wählt einstimmig Frau Bürgermeisterin Monika Kabs zur
Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer.

Die Vorsitzende bedankt sich für das Votum des JHA. Sie freut sich auf eine gute und
konstruktive Zusammenarbeit.

Gegenstand: Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten und Kindertagespflege 2010/2011
Vorlage: 0202/2010

Die Vorsitzende informiert den JHA über die Vorbereitung der Kita-Bedarfsplanung in den Stadtteilkonferenzen Nord, West und Mitte-Süd, die Konferenz aller Träger der Kindertagesstätten und der Stadtteilsprecherinnen und die Ausarbeitung der vorliegenden Planung durch Volker Herrling, Claudia Völcker und Ernst Fuchs.

Sie berichtet dem JHA über den Stand der Umsetzung von Beschlüssen aus den Vorjahren:

Im Stadtteil West wird die 3-gruppige städt. Kita Löwenzahn zum 01.07.2010 eröffnet.

Der Anbau von 2 Gruppen am Kath. Haus für Kinder St. Hedwig wird nach der aktuellen Planung im November 2010 fertig gestellt sein.

Zum Frühjahr 2011 wird der Ausbau der prot. Kita Kastanienburg um 1 Gruppe erfolgt sein.

Ebenfalls im Frühjahr 2011 soll der Ausbau der prot. Kita Arche Noah im Stadtteil Nord abgeschlossen sein.

Die Erweiterung des städt. Hortes Schatzinsel um 1 Gruppe wird gegen Ende 2010 abgeschlossen sein.

Die Eröffnung von 2 weiteren Gruppen der städt. Kita Regenbogen wird für September 2010 erwartet.

Mit der Fertigstellung der neuen städt. Kita am Mausbergweg wird im Frühjahr 2011 gerechnet.

Volker Herrling präsentiert und erläutert die Planung für 2010/11 mit einem Ausblick auf 2011/12 (siehe Anlage).

Verlässliche Geburtsprognosen lassen sich z.Zt. nicht erstellen. Nach einem Geburtenrückgang bis 2004 wird bis 2010 ein leichter Rückgang von ca. 0,5 % erwartet. Die Entwicklungen in den Stadtteilen unterscheiden sich. Die Planung mit 410 Kindern/Jahrgang muss der tatsächlichen Entwicklung mit 435 Kindern angepasst werden.

Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs für Zweijährige haben wir im letzten Jahr ein Angebot von 65 % angestrebt.

Die Vorsitzende geht davon aus, dass diese 65 % nicht ausreichen werden und empfiehlt dem JHA für das Jahr 2010/11 die Planungszahl auf 75 % anzuheben. Ob es bei 75 % bleiben kann, müsse im Laufe des Jahres beobachtet werden.

Volker Herrling schätzt ein, dass wir mit Blick auf den weiteren Rechtsanspruch für Einjährige ab 2013 auch in den nächsten Jahren etwas tun müssen.

Er stellt Stadtteil für Stadtteil die Planung jeder einzelnen Kita dar und bittet die Mitglieder hierzu in der Vorlage den Punkt 7 aufzuschlagen.

Er erläutert, dass der Buchstabe **B** in den Tabellen für den Begriff Beschluss (bereits beschlossen) steht.

Er stellt drei Prüfaufträge heraus.

1. Prüfung des Ausbaus der Kita Rulandstraße der Diakonissen Speyer-Mannheim.
2. Prüfung eines Standortes und des Bedarfs für den weiteren Neubau einer Kindertagesstätte.
3. Prüfung, ob in der städt. Kita WoLa, ein Haus für Kinder, 2011 oder 2012 eine weitere Gruppe geschlossen werden kann.

Da die städt. Kindertagesstätte Mausbergweg erst im Frühjahr 2011 in Betrieb genommen werden kann, bittet Herr Herrling um Zustimmung für die Verschiebung in die Planzahlen des Kitajahres 2011/12.

Die Vorsitzende informiert, dass die heutigen Eigentümer des ehemaligen Marienheims den Mietvertrag für die städt. Kita St. Marien nicht verlängern werden. Daher ist ein Ersatzbau mit 4 Gruppen erforderlich.

Volker Herrling informiert über das Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für Schulkinder und über die Entwicklung der Kindertagespflege.

Herr Janssen bittet um Informationen zur Erhebung der Betreuungsbedarfe für Schulkinder.

Volker Herrling informiert, dass die Struktur der Erhebung stehe. Zielgruppe der Befragung seien Eltern die sich neu anmelden für einen Ganztagsplatz und für einen Hortplatz. Die Befragung werde erweitert um das Thema Betreuungsbedarf in den Randzeiten.

Herr Kostic fragt, was mit der Stadtjugendkapelle werde, wenn an diesem Platz eine Kita gebaut werden soll?

Die Vorsitzende: Die Stadtjugendkapelle errichtet ein neues Haus im Bereich Schlangenwühl und zieht zum Jahresende um.

Frau Seiler fragt, welche Auswirkungen das Sparprogramm des Bischöflichen Ordinariats für die kath. Kitas habe.

Herr Nowicki: Es gibt eine Strukturreform. Aber noch wissen wir nichts.

Die Vorsitzende dankt Volker Herrling unter dem Beifall des JHA für die differenzierte Vorstellung der Planung.

Die Vorsitzende greift Punkt 5 der Bedarfsplanung auf.

Die Jugendhilfeplanung werde mit den Stadtteilsprecherinnen, den Leitungen der Kitas und den Elternausschüssen, den Bedarf in den Randzeiten erheben und das Ergebnis dem JHA zur Beratung und Entscheidung vorstellen.

Sie verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema und den Auftrag des Stadtrates.

Frau Queisser begrüßt die vorgeschlagene Vorgehensweise.

Frau Völcker bittet den JHA um Zustimmung zur vorgestellten Beitragsfreiheit für Zweijährige, die eine Krippe besuchen. Sie verweist auf Punkt 6 der Vorlage.

Frau Keller-Mehlem hinterfragt die Beitragspflicht für die Kindertagespflege bei einer Beitragsfreiheit für Kindergartenkinder.

Die Vorsitzende bittet um Einzelabstimmung über jeden Beschluss.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e:

1. Die **kath. Kindertagesstätte St. Konrad**
erhöht ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 die Zahl der Ganzzzeitplätze um 13 auf insgesamt 36 Ganzzzeitplätze.
2. Die **prot. Kindertagesstätte Arche Noah**
wandelt zum Kindertagesstättenjahr 2010/2011 eine Regelgruppe in eine geöffnete Gruppe mit sechs Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechsjährigen um.
3. Die **städt. integrative Kindertagesstätte Pustoblume**
öffnet zwei integrative Gruppen für je zwei Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren.
Die Zahl der Ganzzzeitplätze wird um fünf auf insgesamt 35 Ganzzzeitplätze erhöht.
4. Die **städt. Kindertagesstätte Regenbogen**
wandelt die geöffnete Gruppe mit vier Zweijährigen und 21 Drei- bis Sechsjährigen in eine geöffnete Gruppe mit sechs Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechsjährigen um.
Die im Anbau geplante und beschlossene Regelgruppe wird als geöffnete Gruppe mit sechs Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechsjährigen eröffnet.
5. Die **kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth**
erhöht ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 die Zahl der Ganzzzeitplätze um vier auf insgesamt 24 Ganzzzeitplätze.
6. Die **prot. Kindertagesstätte Kastanienburg**
wandelt die im Anbau geplante geöffnete Gruppe in eine Krippengruppe mit zehn Plätzen für Kinder unter drei Jahren um.
7. Das **kath. Haus für Kinder St. Hedwig**
wandelt ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 drei altersgemischte Gruppen für 3 bis 12Jährige
in eine Hortgruppe mit 20 Plätzen und
zwei geöffnete Gruppen mit jeweils sechs Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechs-jährigen um.
8. Die **kath. Kindertagesstätte St. Joseph**
hebt die Schließung der 5. Regelgruppe auf und wandelt sie ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 in eine weitere Waldgruppe mit 20 Plätzen für Drei- bis Sechsjährige um.

Die Zahl der Ganzzzeitplätze wird ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 um neun auf insgesamt 51 Ganzzzeitplätze erhöht.

Die bis Sommer 2011 befristete Übernahme des Trägeranteils an den Personalkosten der ersten Waldgruppe wird entfristet.

9. Die **kath. Kindertagesstätte Mariae Himmelfahrt** wandelt zum Kindertagesstättenjahr 2010/2011 eine Regelgruppe in eine geöffnete Gruppe mit sechs Zweijährigen und 19 Drei- bis Sechsjährigen um.
10. Die **städt. Kindertagesstätte WoLa, ein Haus für Kinder**, erhöht ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 die Zahl der Ganzzzeitplätze um zehn auf insgesamt 70 Ganzzzeitplätze.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Regelgruppe in der WoLa geschlossen werden kann.

11. Die **prot. Kindertagesstätte Villa Kunterbunt** wandelt ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 eine weitere Regelgruppe in eine geöffnete Gruppe mit sechs Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechsjährigen um.
12. Die Vorsitzende bittet um Korrektur des Beschlusses wie folgt:
Die Kindertagesstätte Rulandstraße der Diakonissen Speyer-Mannheim wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen im Dachgeschoss der Kindertagesstätte ein bis zwei weitere Gruppen geschaffen werden können. Das Ergebnis wird dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.
13. Die **städt. Kindertagesstätte St. Marien** erhöht ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 die Zahl der Ganzzzeitplätze um acht auf insgesamt 74 Ganzzzeitplätze.

Die Verwaltung wird beauftragt als Ersatz für die städt. Kindertagesstätte St. Marien einen viergruppigen Neubau zu planen und die städt. Wohnungsbaugesellschaft GEWO mit dem Bau zu beauftragen.
Dieser Neubau ist zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz erforderlich, da der Mietvertrag für die städt. Kindertagesstätte St. Marien im Gebäude in der Ludwigsstraße nicht verlängert werden kann.

14. Die **städt. Kindertagesstätte Cité de France** wandelt ab dem Kindertagesstättenjahr 2010/2011 zwei Regelgruppen mit je 20 Kindern in zwei geöffnete Gruppen mit jeweils vier Zweijährigen und 16 Drei- bis Sechsjährigen um.
15. Für das **Kinderhaus Flohkiste** wird die befristete Übernahme des Trägeranteils an den Personalkosten entfristet.
16. Zur Erfüllung der Rechtsansprüche in den Jahren 2010 und 2013 ist voraussichtlich die Schaffung einer weiteren Kindertagesstätte mit drei bis vier Gruppen erforderlich.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welchem Standort und zu welchen Kosten eine weitere Kindertagesstätte geschaffen werden kann. Dem Jugendhilfeausschuss ist das Ergebnis vorzustellen.

17. Die Verwaltung wird beauftragt den Betreuungsbedarf in den sog. Randzeiten durch die städt. Jugendhilfeplanung in Fachgesprächen mit den Leitungen, Stadtteilsprecherinnen und Elternausschüssen zu ermitteln.
Dem Jugendhilfeausschuss ist im Spätjahr 2010 zu berichten.
18. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs der Zweijährigen wird für zweijährige Kinder, die eine Krippe besuchen, kein Elternbeitrag erhoben und vom Land Rheinland-Pfalz der Erstattungsbeitrag in Anspruch genommen.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.4

Gegenstand: Jugendcafé Speyer-Nord
Antrag des Netzwerkes Jugendarbeit Speyer-Nord auf Erhöhung der Förderung
Vorlage: 0198/2010

Die Vorsitzende dankt dem Jugendnetzwerk Nord, heute vertreten durch Frau Weich und Herrn Ruffing für das Engagement.
Der Honorarretat soll um 5.000,-- € angehoben werden, so wie beim Jugendcafé Speyer-West.

Herr Rebholz stellt Nachfragen zum Konzept und zum Programm.

Werner Ruffing informiert, dass innerhalb des Netzwerkes der Nordpol Anlaufpunkt für die Kinder und das Jugendcafé für Jugendliche sei. 6 Honorarkräfte sind im Jugendcafé aktiv. Durchschnittlich kommen 12 – 15 Jugendliche, aber auch mal 25 oder mal 3 – 5.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Zum Ausbau der offenen Jugendarbeit des Jugendcafés Speyer-Nord ist der Einsatz weiterer Honorarkräfte erforderlich.

Das Netzwerk steuert zusätzlich zu seiner ehrenamtlichen Arbeit jährlich über 5.000,-- € aus Spenden und Erlösen für den Betrieb des Jugendcafés bei.

Die Stadt Speyer erhöht ihren Förderbeitrag um 5.000,-- €/Jahr. Die Mittel werden im Haushalt 2010 bereitgestellt.

Das Jugendnetzwerk ist verpflichtet jeweils zum 30. März des Folgejahres einen Sachbericht und Verwendungsnachweis vorzulegen.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.5

Gegenstand: Schulsozialarbeit an Speyerer Grundschulen
Vorlage: 0196/2010

Für die Vorsitzende ist Schulsozialarbeit wichtig und notwendig.

Schulsozialarbeit an Grundschulen werde vom Land nicht gefördert.

Sie bietet am JHA und den Grundschulen eine Information über verschiedene Modelle von Schulsozialarbeit an. Dies könne am 30.06.2010 oder nach den Sommerferien erfolgen. Danach ist es wichtig gemeinsam mit den Schulen den Bedarf im Rahmen eines Workshops zu klären.

In einem dritten Schritt werden dem JHA die Ergebnisse vorgestellt.

Frau Seiler begrüßt die Vorschläge. Wir müssen die Kinder früher erreichen. Ihre Fraktion wolle der Landesregierung die Förderung von Schulsozialarbeit an Grundschulen schmackhaft machen.

Frau Görgen: Wir können uns diesen Aufgaben nicht verschließen. Mit den Ganztagschulen sind viele neue Aufgaben auf die Schulen zugekommen. Unterstützung ist erforderlich.

Herr Specht regt an, das Projekt Servicelearning der Universität Mannheim in die Planung mit ein zu beziehen.

(Kontakt: [www.uni-mannheim.de/ionas\n\uni\servicelearning\startseite\index.html](http://www.uni-mannheim.de/ionas/n\uni\servicelearning\startseite\index.html))

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Planung zum Thema Schulsozialarbeit an Grundschulen zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand: Wahrnehmung der Aufgaben des Kinderschutzes in Speyer,
Prüfung der Umsetzung des Notinselprojektes im Auftrag des
Stadtrates
Vorlage: 0199/2010

Die Vorsitzende verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion aus 2009 und den Auftrag des Stadtrates vom 25.02.2010 zur Behandlung im JHA.

Herr Fuchs stellt die einzelnen Punkte der Vorlage vor.

Das Netzwerk Kindeswohl und Kindergesundheit hat zum Ziel, alle Aktivitäten zum Thema Kinderschutz zu koordinieren und zu vernetzen.

Die Aufgaben des Kinderschutzes werden von folgenden Institutionen wahrgenommen:

- Sozialer Dienst der Stadt Speyer
- Beistandschaft und Vormundschaft des FB 4
- Caritas Kinderschutzdienst für Speyer und den Rhein-Pfalz-Kreis
- Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes
- Notruf und Beratungsstelle für Frauen und Mädchen
- Familiärer Notfalldienst an 365 Tagen im Jahr, erreichbar außerhalb der Öffnungszeiten des Sozialen Dienstes/Jugendamtes
- Erreichbarkeit der Fachbereichsleitung und Sozialdienstleitung über die Polizeiinspektion Speyer
- Kommissariat 2 der Polizeiinspektion Speyer
- Kooperation mit allen Einrichtungen der freien Träger der Jugendhilfe über Kinderschutzvereinbarungen nach § 8 a SGB VIII
- Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Die Verwaltung hatte den Auftrag zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das Projekt Notinseln in Speyer eingeführt werden kann.

5 Institutionen wurden angefragt, ob sie die Projektträgerschaft in Speyer übernehmen wollen.

Die Ergebnisse sind in der Vorlage dokumentiert. Aus der Sicht der Verwaltung sind vor einer Entscheidung noch offene Fragen zu klären.

Welchen Hintergrund hat das Notinselprojekt?

Die Stiftung Hänsel + Gretel will Kindern signalisieren, „wo wir sind, bist Du sicher“.

Das Konzept basiert auf der Notinsel-Trägerschaft eines städt. oder gemeinnützigen Trägers vor Ort und den beteiligten Geschäften. Die Geschäfte sollen eine Gegenfront gegen potentielle Täter und gegen Gewalt bilden.

Der örtl. Träger ist an ein Franchisekonzept der Stiftung Hänsel + Gretel gebunden. Es wird ein Notinsel-Partnervertrag abgeschlossen.

Teilnehmen können Ladengeschäfte.

Der Notinsel-Partnervertrag wird in Auszügen vorgestellt.

Die Vorsitzende sieht für eine Entscheidung über das Notinsel-Projekt keine Eile. Sie bittet mit den Informationen in die Fraktionen zu gehen.

Frau Seiler fragt nach, ob die Position des Kinderschutzbundes richtig dargestellt sei. Sie habe vom Landesverband und vom DKSB Schifferstadt eine andere Interpretation erhalten.

Frau Heimfarth, Vorsitzende des DKSB Speyer, informiert, dass der Bundesverband sich ausdrücklich nicht der Philosophie des Notinselprojektes anschließt. Das sei auch die Position des Ortsverbandes Speyer.

Für Keller-Mehlem beschränkt sich der Kinderschutz nicht nur auf den öffentlichen Raum. Sie regt an, die Gesamtheit des Angebotes in der Presse darzustellen.

Herr Janssen fragt nach dem Umfang von Kinderschutzfällen.

Herr Fuchs: Die Frage sei nicht einfach zu beantworten.

Die Verwaltung werde die Zahlen in der nächsten JHA-Sitzung vorstellen.

Herr Schüler-Brandenburger dankt für die umfangreiche Darstellung. Er hat im Netz recherchiert und zu den Notinseln einige Angaben gefunden.

In Heilbronn gab es in 2 Jahren keine Inanspruchnahme.

In Bayreuth gab es in 1 Jahr keine Inanspruchnahme.

In Grewe waren es 8 Kontakte in 1 Jahr.

Er bittet die Verwaltung um Nachfragen beim Rhein-Pfalz-Kreis und bei der Stadt Landau.

Herr Rebholz findet an den Notinseln den niedrigschwelligen Zugang interessant. Das biete keine andere Hilfe so an.

Für Frau Heimfarth können die Notinseln nicht die Kultur des Wegschauens ersetzen. Sie bittet zu bedenken, dass es auf den Schulwegen nur wenige, oft gar keine Geschäfte gebe.

Frau Koch berichtet, dass der DKSB Ludwigshafen 500 Geschäfte angesprochen habe.

Aufwand und Ergebnis stünden in keinem Verhältnis. Man müsse mit Materialkosten von 8 – 10.000,- € rechnen.

Herr Schüler-Brandenburger: Dortmund habe einen eigenen Weg gefunden, vielleicht suchen wir auch einen Speyerer Weg zusammen mit der Leistungsgemeinschaft.

Herr Kostic ist sich zu 100 % sicher, dass die Geschäfte allen Kindern helfen.

Frau Seiler begrüßt es einen Speyerer Weg zu entwickeln.

Die Vorsitzende dankt dem JHA für die Diskussionsbeiträge. Sie wird die Beratung in der nächsten JHA-Sitzung fortsetzen.

Gegenstand: Kindertagespflege
Anträge des Deutschen Kinderschutzbundes, Ortsverband Speyer
Vorlage: 0197/2010

Frau Völcker erläutert die Vorlage und schlägt vor, den Kinderschutzbund im bisherigen personellen Umfang mit Aufgaben der Kindertagespflege für weitere 3 Jahre zu beauftragen und die Sachkostenpauschale anzuheben.

Frau Heimfarth, Vorsitzende des DKSB erläutert ausführlich den Bedarf für die Sachkostenpauschale in der beantragten Höhe.

Die Vorsitzende sieht in der Erhöhung von 5.350,- € auf 7.000,- € einen sehr guten Schritt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst bei 1 Enthaltung einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Die Qualifizierung, Beratung und Vermittlung in der Kindertagespflege wird für den Zeitraum 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2013 weiterhin dem Deutschen Kinderschutzbund, Ortsverband Speyer, übertragen.

Die Stadt Speyer refinanziert dem Deutschen Kinderschutzbund die Kosten für eine 0.75 Stelle einer hauptamtlichen Fachkraft nach E 9 TVöD bzw. S 11 TVöD.

Die Sachkostenpauschale wird für den Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2013 auf 7.000,- €/Jahr festgesetzt.

Gegenstand: Projekt "Aufsuchende Jugendarbeit in Speyer-West im Rahmen des Modellvorhabens Integration von Spätaussiedlern des Programms Soziale Stadt"
Vorlage: 0158/2010

Herr Ritter, Projektkoordinator Soziale Stadt, zeigt die Hintergründe für dieses Projekt auf. Sachbeschädigungen, Belästigungen, Alkoholkonsum im Stadtteil West, vor allem auf dem Berliner Platz und dem Außengelände der Kath. Kirche St. Otto.

Herr Specht: was bedeuten AT und AGT?

Herr Schneider, Büro für Stadtberatung Dr. Fries: AT steht für Anti-Aggressions-Training, AGT für Anti-Gewalt-Training.
Von der Gesamtgröße der Zielgruppe mit ca. 170 jungen Menschen, könne er konkret 30 – 50 Jugendliche erreichen.

Herr Specht: besteht Interesse an Partizipation?

Herr Schneider: Angebote werden mit Kooperationspartnern des Netzwerkes West gemeinsam gemacht, z.B. mit dem Jugendcafé im Woogbachtal.

Herr Specht fragt nach den zeitlichen Ressourcen von Herrn Schneider für die direkte Arbeit mit den Jugendlichen.

Herr Schneider: Ich bin jeden 2. bis 3. Abend vor Ort.

Frau Seiler: Unterstützt Nidro das Projekt vor Ort in West?

Herr Schneider: Am Projekt Soziale Stadt West sind viele Partner beteiligt, auch Nidro. Er bittet sie dabei zu sein.

Frau Görden begrüßt die Konzentration der Fördermittel auf dieses wichtige Projekt.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.9

Gegenstand: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zur gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle des Rhein-Pfalz-Kreises und der kreisfreien Städten Frankenthal und Speyer
Vorlage: 0203/2010

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet die Aufnahme der Stadt Ludwigshafen in die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle.

Die öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung ist entsprechend durch die Verwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises anzupassen.

Die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer und des Rhein-Pfalz-Kreises bleibt Teil der Verwaltung des Jugend- und Sozialamtes des Rhein-Pfalz-Kreises.

Für die Stadt Speyer entstehen mit dieser Erweiterung keine zusätzlichen Kosten.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1.10

Gegenstand: Verschiedenes

Landesförderung für Ferienprogramme

Herr Nowicki fragt nach den Förderkriterien des Landes für Ferienprogramme, die von Jugendhilfeträgern und Schulen gemeinsam angeboten werden.

Die Verwaltung wird die Förderrichtlinien in der nächsten JHA-Sitzung vorstellen.

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 25.03.2010



3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 25.03.2010 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Serendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!